

Streikmonitor: Arbeitskonflikte im Jahr 2021

Für das Streikjahr 2021 ist nach dem konfliktarmen Jahr 2020 eine Rückkehr zur Normalität im Arbeitskampfgeschehen zu verzeichnen. Mit 202 Konflikten wurden deutlich mehr Arbeitskämpfe als im Vorjahr aufgenommen (2020: 162). Die Zahl der streikbedingten ausgefallenen Arbeitstage und der Streikenden nahm mit 590.000 Streiktagen und 917.000 Streikbeteiligten im Vergleich zu den Vorjahren wieder deutlich zu. Die Zunahme der Arbeitskämpfe fand dabei ungeachtet der anhaltend schwierigen Bedingungen der Corona-Pandemie statt, was auch auf eine Stabilisierung der ökonomischen Situation und eine (partielle) Normalisierung des öffentlichen Lebens mit der Impfkampagne seit Frühjahr 2021 zurückzuführen ist.

Flächentarifkonflikte fanden in der Metall- und Elektroindustrie, im öffentlichen Dienst und auch im Handel statt. Es kam zu verschiedenen kleineren Tarifrunden mit Streiks in der Fleischindustrie, dem Kfz-Handwerk, dem Brauereigewerbe, der Tabakbranche, der Süßwarenindustrie, der Papier-, Pappe- und Kunststoff verarbeitenden Industrie oder der bayrischen Süßwarenindustrie. Die Dezentralisierung des Streikgeschehens, die seit einigen Jahren im Streikmonitor¹ beobachtet wird, lässt sich auch im zweiten Pandemie-Jahr erkennen. Neben den 34 Flächentarifauseinandersetzungen (2020: 35) fanden nach den Daten des Streikmonitors insgesamt 168 „Häuserkämpfe“ (2020: 127) statt, darunter auch einzelne hart ausgekämpfte Arbeitskonflikte wie etwa der Erzwingungsstreik von ver.di bei der Berliner Charité und bei den Berliner Vivantes-Krankenhäusern und der öffentlich breit diskutierte Streik ohne Gewerkschaftsbeteiligung der Fahrradkuriere bei dem Lieferdienst Gorillas.

Im Folgenden stellen wir die zentralen Streikdaten des Jahres 2021 dar. Neben der Tendenz zur Zersplitterung des Streikgeschehens ließen sich in den Daten einige Besonderheiten beobachten: Im verarbeitenden Gewerbe (121) waren in diesem Jahr deutlich mehr Streiks als im Dienstleistungssektor (81) zu beobachten, defensive Konflikte um Stellenabbau (34) und Standortschließungen bzw. -verlagerungen (27) spielten in der schwierigen Situation der Corona-Krise erneut eine bedeutende Rolle. Der zweite Teil des Berichtes beschäftigt sich mit den wichtigsten Flächentarifrunden und mit einigen „wilden“ Streikaktivitäten

¹ Das Projekt „Streikmonitor: Standardisierte Erhebung zur langfristigen Erfassung von Streikaktivitäten in Deutschland“ wird von der Heinz-Jung-Stiftung (Frankfurt am Main) gefördert und von Stefan Schmalz (Universität Erfurt) geleitet. Die Berichte erscheinen halbjährlich in Z; letzter Bericht: Müller/Kilroy 2021b). In diesem Artikel verwendete Daten beziehen sich, falls nicht anders gekennzeichnet, auf die Daten aus dem Streikmonitor. Die größeren Tarifrunden (etwa im Öffentlichen Dienst und in der Metall- und Elektroindustrie) in diesem Jahr werden zwar als Einzelkonflikte dokumentiert, die einzelnen Streiks und Aktionen im Rahmen der Konflikte in verschiedenen Städten und Bundesländern konnten auf Grund des Erhebungsdesigns aber nicht im Detail aufgenommen werden (siehe hierzu auch: Schneidemesser/Kilroy 2016: 154f.)

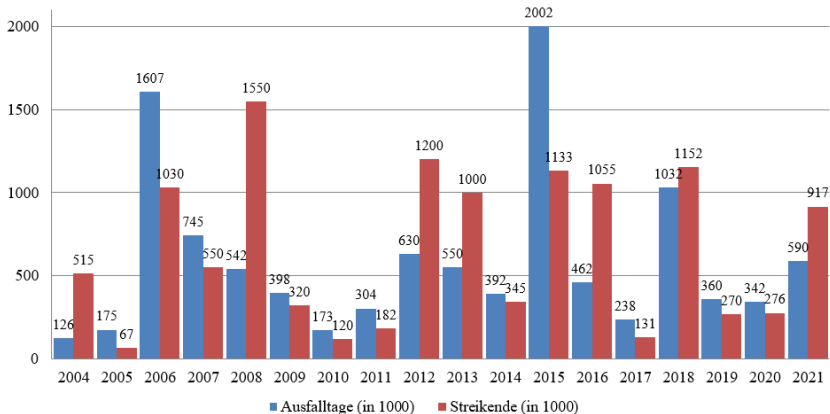
(ohne gewerkschaftliche Vertretung), die medial stark wahrgenommen werden. Die Umsetzung der großen Flächentarifauseinandersetzungen – hier die Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie und die Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes – waren immer noch durch die Corona-Krise geprägt und fanden somit unter erschwerten Bedingungen statt. Gleichzeitig sind im zweiten Pandemiejahr einige Arbeitskonflikte in Branchen hart ausgefochten worden, die als „systemrelevant“ gelten (Krankenhäuser, Essenzulieferer) oder von der Pandemie besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden (Flugsektor). Wir untersuchen zwei „wilde“ Proteste in solchen Bereichen, nämlich der Angestellten beim WISAG-Standort in Frankfurt (Flughafendienstleistungen) und der Rider beim Berliner Essenlieferer Gorillas. Wir kommen zum Schluss, dass die Normalisierung des Streikgeschehens im Folgejahr in eine Zuspitzung umschlagen könnte: Die Lohnzurückhaltung während der Pandemie trifft nun auf hohe Inflation aufgrund der steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreise nach der russischen Invasion in der Ukraine, was Streikaktionen in den Jahren 2022 und 2023 fördern könnte.

Streiks 2021: Mehr Konflikte, Streikende und Ausfalltage

Streikzahl, -beteiligte und -dauer

Die Arbeitskämpfe in Deutschland nahmen im Jahr 2021 wieder an Fahrt auf. Nicht nur die Zahlen des Streikmonitors bestätigen dies, sondern auch die Arbeitskampfbilanz des WSI.

Abb. 1: Streikbedingte Ausfalltage und Streikende 2004 – 2021



Quelle: WSI-Arbeitskampfstatistik

Die streikbedingten Ausfalltage haben sich im Vergleich zu 2019 fast verdoppelt (2021: 590.000; 2019: 360.000), die Anzahl der Streikbeteiligten mehr als verdreifacht (2021: 917.000; 2019: 270.000) (vgl. Abbildung 1, Frindert et al.

2020; 2022). Die krisenhafte Situation der Covid-19-Pandemie hatte somit das Arbeitskampfgeschehen nur vorübergehend geschwächt.

Tab. 1: Übersicht zu den zentralen Streikdaten 2021	
Ausfalltage*	590.000
Streikbeteiligte*	917.000
I. Erfasste Streiks/Aktionen insgesamt	536
II. Erfasste Konflikte insgesamt	202
Davon:	
- Flächentarifauseinandersetzungen	34
- Konflikte außerhalb von Flächentarifauseinandersetzungen	168
Konflikte mit	
- max. zwei Protestaktionen	159
- mehr als zwei Protestaktionen	43
III. Konflikte nach Organisationsbereichen des DGB	
- ver.di	62
- IG Metall	82
- NGG	26
- weitere DGB-Gewerkschaften	25
Konflikte ohne Beteiligung des DGB	10
- davon Konflikte ohne gewerkschaftliche Beteiligung	7
IV. Themen/Forderungen	
- Tarifvertrag	43
- Anbindung an Flächentarifverträge	21
- Angleichung von Lohn und Arbeitsbedingungen	32
- Entlohnung	107
- Arbeitszeit	22
- Stellenabbau	34
- Verlagerung/Schließung/Auslagerung	27
V. Branchen	
- Dienstleistungsbranche	81
- Verarbeitendes Gewerbe	121
VI. Regionen	
- Alte Bundesländer	130
- Neue Bundesländer	44
- übergreifend	28

Quelle: Eigene Darstellung. *Die Angaben zu den Ausfalltagen und den Streikbeteiligten sind der WSI-Arbeitskampfbilanz 2021 entnommen (WSI 2022); die übrigen Daten stammen aus dem Streikmonitor.

Nach dem bisher konfliktreichsten Jahr 2019 mit 231 Konflikten in unserem Da-

tensatz ging das Streikgeschehen in Deutschland 2020 deutlich zurück. Die Corona-Pandemie erschwerte die Streikaktivitäten, verhinderte diese aber nicht vollständig. Im Jahr 2020 konnten wir nur 162 Konflikte aufnehmen. Im zweiten Pandemiejahr wurde von den meisten Beobachter*innen ein signifikanter Anstieg des Arbeitskampfvolumens erwartet, da große Tarifeinsetzungen sowie Konflikte auf betrieblicher Ebene sich bereits früh abzeichneten (vgl. Frindert et al. 2021). Die Konflikttanzahl stieg 2021 gegenüber dem Vorjahr auf 202 (Tabelle 1). Gleiches gilt für die Anzahl der Streikaktivitäten: 2020 wurden 506 Streikaktionen erhoben, 2021 sind es 536 erfasste Aktionen.

Im Jahr 2021 kam es zu größeren Tarifeinsetzungen in der Metall- und Elektroindustrie, im Öffentlichen Dienst sowie im Groß- und Außenhandel. Auch eine Vielzahl von kleineren Flächentarifeinsetzungen wurde in die Datenbank des Streikmonitors aufgenommen, beispielsweise die Auseinandersetzungen in der Tabakbranche, der bayrischen Süßwarenindustrie, der Fleischindustrie, bei regionalen Busfahrern in verschiedenen Bundesländern sowie privaten Banken oder auch in der Holz- und Kunststoffindustrie.

Die Mehrzahl der Arbeitskämpfe (168) waren Häuserkämpfe mit nur wenigen Aktionen. Rund 79% aller Konflikte vereinten nicht mehr als jeweils zwei Streikaktionen oder Proteste auf sich. Im Jahr 2020 waren es nur 69% aller Konflikte. Es fanden nur 43 (2020: 50) Konflikte mit mehr als zwei Streiks oder Protesten statt, was etwa einem Fünftel aller Konflikte entspricht. Hierbei war auffällig, dass in vielen der Häuserkämpfe erstmals in der Unternehmensgeschichte gestreikt wurde. Diese Dynamik von Konflikten mit wenigen, aber teils erstmaligen Streiks lässt sich sicherlich auch auf Auswirkungen der Coronapandemie auf die Betriebe zurückführen, da – wie im Weiteren noch dargestellt wird – Themen wie Stellenabbau oder die Schließung von Unternehmen häufig der Grund für Arbeitskämpfe war.

Streiks nach gewerkschaftlichen Organisationsbereichen

In den Organisationsbereich der Gewerkschaft IG Metall fielen im Jahr 2021 die meisten Konflikte. Insgesamt 82 der insgesamt 212 Konflikte sind der Industriegewerkschaft zuzuschreiben, das sind rund 41% und ist ein hoher Wert. Bisher vereinte in fast allen erhobenen (Halb)Jahren des Streikmonitor-Datensatzes ver.di die meisten Konflikte auf sich. Ein Grund für den Anstieg könnten die bereits Ende 2020 angekündigten Vorhaben des Stellenabbaus in vielen Unternehmen in der Metallindustrie gewesen sein. In Nordrhein-Westfalen wollten laut Umfrage 43% der Metallbetriebe diesem Vorhaben nachkommen (vgl. WR 14.10.2020). ver.di verzeichnet hingegen eine konstante Konflikttanzahl. Wie im Vorjahr (52 Konflikte; 32%) vereint ver.di rund ein Drittel (62 Konflikte, 31%) aller Konflikte auf sich.

Bei den Streiks von ver.di ist insbesondere der Arbeitskampf in den Berliner Krankenhäusern Charité und Vivantes zu erwähnen. ver.di unterstützte die Beschäftigten bei ihren Forderungen nach mehr Personal und damit nach einer nachhaltigen Entlastung sowie der generellen Anwendung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TvÖD) in den Krankenhäusern. Nach ersten Streiks im Au-

gust konnte erst durch einen vierwöchigen Erzwingungsstreik durch tausende Beschäftigte im Frühherbst eine Einigung erzielt werden. Die Aktivität der NGG ist mit 26 Nennungen wie im Vorjahr (28) erneut stark im Streikgeschehen. Die hohe Streikaktivität der NGG lässt sich möglicherweise ebenfalls auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie zurückführen, aber auch auf Streiks im Rahmen von regionalen Branchenkonflikten (vgl. Müller/Kilroy 2021 in Z 126). Erstmals wurde in der Fleischwirtschaft für bundesweite Tarifverträge gestreikt. Daran beteiligten sich länderübergreifend Schlachthofmitarbeiter*innen bei der Plukon Gudensberg GmbH in Hessen, Böklunder in Schleswig-Holstein und vor allem Ableger des Lebensmittelproduzenten Vion, von denen 13 Streiks oder Aktionen an verschiedenen Standorten dokumentiert wurden. Auch in vielen Brauereien (u.a. in den norddeutschen Brauereien oder der ostdeutschen Brauereibranche) wurde 2021 gestreikt, wobei teils das von der IG Metall entwickelte Mittel des 24-Stunden-Streiks (zur Entstehung dieser Streikform siehe Müller/Kilroy 2018: 141f.) übernommen wurde.

Die drei genannten Gewerkschaften waren an 85% der erhobenen Konflikte beteiligt. Im Jahre 2020 waren es etwa drei Viertel (76%). Die übrigen DGB-Gewerkschaften waren in 25 Konflikten (2020: 22) vertreten. Hier sind vor allem die Gewerkschaften GEW (6 Nennungen), IG BCE (7) und EVG (6) zu erwähnen. Die Konflikte ohne DGB-Gewerkschaften erreichten im Jahr 2021 insgesamt 10 Nennungen (2020: 8). Darunter fielen ebenfalls Konflikte in Krankenhäusern, etwa ein Konflikt, der durch die Gewerkschaft Marburger Bund bei der Helios-Klinik „Emil von Behring“ in dem Berliner Ortsteil Zehlendorf unterstützt wurde. Hier protestierten Ärzte*innen gegen Stellenabbau, da das Personal immer mehr Sorgen hat, „verheizt“ (Tagesspiegel Leute 24.06.2021) zu werden, sprich durch Stellenabbau mehr Arbeit übernehmen zu müssen. Ein weiterer Konflikt fand im Universitätsklinikum in Kiel statt, den die Gewerkschaft der Servicemitarbeiter (GDS) organisierte. Hier legten 800 Servicekräfte für 48 Stunden die Arbeit nieder. Sie forderten für alle Mitarbeiter*innen eine Bezahlung nach den Tarifen des Öffentlichen Dienstes.

Die Lokführergewerkschaft GDL stellte den Betrieb der Bahn im Jahr 2021 zeitweise ein. Es war der zweitlängste Streik in der Geschichte der Deutschen Bahn AG (Tagesschau 07.09.2021). Mehr als 10.000 GDL-Mitglieder beteiligten sich an dem Streik, wodurch täglich 1000 Personenzüge ausfielen (Spiegel 25.08.2021). Der Konflikt war geprägt durch die Forderungen der GDL nach Lohnerhöhung und Corona-Prämien. Auch eine Betriebsrente wurde verhandelt (GDL 16.09.2021). Der Deutsche Bankangestellten Verband (DVB) organisierte zusammen mit ver.di einen Streik in Essen und Berlin von Callcenter-Mitarbeiter*innen der Deutschen Bank. Die Streikenden wurden aufgefordert, sich nicht in die Systeme einzuloggen und somit nicht erreichbar zu sein. (FAZ 06.01.2021). Die anarchosyndikalistische Freie Arbeiter*innen Union (FAU) unterstützte Werkstudent*innen der Buchhandelskette Walther König bei der Forderung von besseren Arbeitsbedingungen (Jungle World 25.03.2021). Die Deutsche Orchester Vereinigung (DOV) forcierte Streiks und Aktionen von Musiker*innen der Staatsbad Philharmonie Bad Kissingen (In Franken 17.09.2021).

Ferner wurden 7 Konflikte ohne gewerkschaftliche Beteiligung dokumentiert, die als „wilde“ oder „nicht-normierte“ Streiks bezeichnet werden (zum Konzept: Schmalz et al. 2015). Zwei davon fanden in der Sozialwirtschaft statt. So legten die Erzieherinnen der Kita Glacisweg (Freiburg) zum Frauenkampftag die Arbeit nieder, um für gerechte Bezahlung und allgemeine Gleichberichtigung in *Care-Berufen* zu demonstrieren (Fudder 08.03.2021). Auch bei Alimaus (Hamburg) wurde gestreikt, einer Tagesstätte für Obdachlose und bedürftige Menschen. Nachdem der Vertrag der Leiterin nicht verlängert wurde, meldeten sich sechs Angestellte krank und die Einrichtung musste deshalb geschlossen bleiben (Abendblatt 21.01.2021). Eine größere Reichweite hatten die Streiks bei den Lieferdiensten Gorillas in Berlin (dazu mehr im zweiten Teil des Artikels) und Durstexpress in Leipzig. Bei letzterem war der Grund die unternehmerische Fusion mit Flaschenpost, wodurch 500 Mitarbeiter*innen entlassen werden sollten. Ohne Gewerkschaft wurde auch an der Universität Hamburg von Studierenden und Mitarbeiter*innen der Universität für bessere Bedingungen gestreikt sowie am Schlachthof Vion in Landshut gegen falsche Lohnabrechnungen des Arbeitgebers (BR24 20.10.2021).

Streiks nach Regionen und Branchen

Von den 202 erhobenen Konflikten fanden 14% (28) überregional und damit in mehreren Bundesländern gleichzeitig statt. Im Jahr 2020 lag die Quote ähnlich bei 13%, 2019 noch bei 23%. Die Zahl der länderübergreifenden Konflikte bleibt also niedrig, was die allgemeine Zersplitterung in ländereigene Kleinstkonflikte nochmals unterstreicht. Ähnlich wie im Vorjahr fanden rund 64% (130) aller Konflikte in den alten Bundesländern statt. In den neuen Bundesländern wiederum fanden 22% (44) aller Konflikte statt. Damit ist Ostdeutschland selbst trotz des prozentualen Rückgangs weiterhin überdurchschnittlich vertreten und kann als Streikhotspot bezeichnet werden.

Bei der Verteilung der Konflikte auf Länderebene gab es nur minimale Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr. Baden-Württemberg ist neuer Spitzenreiter mit 24 Konflikten (2020: 17). Im letzten Jahr war Baden-Württemberg noch auf Platz 3 der Bundesländer. Die konfliktreichsten Bundesländer waren 2020 Bayern und Nordrhein-Westfalen mit jeweils 21 Konflikten. Nach der Dokumentation des Streikmonitors ist jetzt Bayern (24) zweitstärkstes Bundesland und Nordrhein-Westfalen (21) belegt den dritten Platz. Das konfliktreichste ostdeutsche Bundesland war weiterhin Sachsen mit 17 Konflikten (2020: 12), dahinter Thüringen (10) und Sachsen-Anhalt (9), sowie Brandenburg (8). Im Vorjahr hatte Mecklenburg-Vorpommern 9 Konflikte zu verzeichnen, 2021 keinen einzigen.

Das zweite Jahr in Folge ist der verarbeitende Sektor mit 60% aller Konflikte (121) konfliktreicher als der Dienstleistungssektor. 2020 wurde zum ersten Mal seit Erhebungsbeginn des Streikmonitors der dienstleistende Sektor vom verarbeitenden Sektor aus der Spitzenposition verdrängt. Die wichtigsten Branchen im Streikjahr 2021 im verarbeitenden Sektor waren Maschinen- und Fahrzeugbau (2020: 18%; 2021: 25% der Gesamtdynamik), die Lebensmittel- und Getränkeproduktion (2020: 17%; 2021: 12%) und die Metallerzeugung und -

bearbeitung (2020: 8%; 2021: 12%). Rund 83% aller Konflikte aus dem verarbeitenden Gewerbe fallen auf diese drei Sektoren. Der Dienstleistungssektor machte mit 81 Nennungen die restlichen 40% der Gesamtheit des Streikgeschehens aus. Der Bereich Verkehr, Lagerei, Logistik war die konfliktreichste Branche im Dienstleistungssektor (2020: 15%; 2021: 10% der Gesamtdynamik). Dies lässt sich vor allem auf Streiks im Busgewerbe zurückführen, die in verschiedenen Bundesländern organisiert wurden, hinzu kommt der bereits erwähnte Konflikt zwischen der GDL und der Deutschen Bahn. Am zweitstärksten war der Bereich des Gesundheitswesens (2020: 12%; 2021: 9%) vertreten, auf Platz drei kam der Handel mit 12 Konflikten (6% der Gesamtdynamik).

Insgesamt decken diese sechs konfliktreichsten Sektoren 76% aller Streikaktivitäten ab. Die Maschinen- und Fahrzeugbranche ist somit – bezogen auf die Gesamtdynamik des Streikgeschehens – die konfliktreichste Branche. Die zweitstärkste Branche ist die Metallherzeugung und -bearbeitung. Platz drei belegt die Lebensmittel- und Getränkeproduktion. Die Branchen des verarbeitenden Sektors dominieren demnach das Streikjahr 2021.

Konfliktthemen

Die Konfliktthemen der Arbeitskämpfe konzentrieren sich weiterhin auf den Kampf um den erstmaligen Abschluss eines Tarifvertrages bzw. um die Rückkehr zur Tarifbindung. Bei 43 Konflikten (21%) war dies der Anlass für Streiks und Aktionen, vor allem im verarbeitenden Gewerbe bei der Metallherzeugung und -bearbeitung (26%) und dem Maschinen- und Fahrzeugbau (16%). In 21 (2020: 13) Konflikten war die Forderung einer Anbindung an den Flächentarifvertrag das zentrale Thema. Eine deutliche Steigerung lässt sich beim Thema Angleichung an einen anderen Tarifvertrag feststellen, bei dem 32 Nennungen zu verzeichnen sind (2020: 14). Bei 12 Konflikten wurde ein Sozialtarifvertrag aufgrund der Schließung oder Verlagerung des Unternehmens gefordert; dies geschah vor allem im Gewerbe des Maschinen- und Fahrzeugbaus (7). Insgesamt lässt sich der Trend zu Streiks gegen Tarifflicht auch im Jahr 2021 bestätigen.

Die Forderungen nach einer besseren Entlohnung sind weiterhin mit 107 Nennungen am meisten (2020: 75) vertreten. Das Thema des Stellenabbaus hat im Vergleich zu den Vorjahren (2020: 22; 2019: 22) mit 34 Nennungen deutlich an Bedeutung gewonnen. Der „großvolumige Stellenabbau“ (Dörre 2020: 167), der bereits zu Beginn der Corona-Krise befürchtet wurde, hat – den Zahlen des Streikmonitors zufolge – zu vielen Arbeitskämpfen geführt. Rund 56% der Konflikte um Stellenabbau sind dem Maschinen- und Fahrzeugbau zuzuordnen. Auch die Themen Verlagerung/Schließung oder Auslagerung des jeweiligen Unternehmens sind mit 32 Nennungen im Vergleich zum Vorjahr (2020: 18) äußerst hoch. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeitsplatzsituation – erhöhte Prekarität und Unsicherheit (sopu aktuell 11.08.2020) – werden auch hier sichtbar. In 22 Konflikten stand das Thema Arbeitszeit im Mittelpunkt, hier waren vor allem die Bereiche Handel (7) und der Maschinen- und Fahrzeugbau (8) zentrale Sektoren.

Tarfbewegungen unter schwierigen Vorzeichen

Die beiden größeren Tarfbewegungen 2021 in der Metall- und Elektroindustrie und im Öffentlichen Dienst der Länder waren durch schwierige Rahmenbedingungen gekennzeichnet. Die Automobilindustrie durchläuft einen massiven Strukturumbau und der Öffentliche Dienst sieht sich in verschiedenen Bundesländern Sparzwängen ausgesetzt. Hinzu machten sich im zweiten Pandemiejahr Probleme bei der Mitgliederrekrutierung bei fast allen DGB-Gewerkschaften bemerkbar. Sämtliche DGB-Gewerkschaften – mit Ausnahme der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) – verzeichneten im Jahr 2021 hinsichtlich der Mitgliederentwicklung rote Zahlen (vgl. Greef 2022). Der DGB verlor insgesamt 2,1% aller Mitglieder: Die Zahlen bei der IG Metall gingen im Jahr 2021 um 2,1%, bei ver.di um 2,4% und bei der IG BCE sogar um 2,5% zurück (DGB 2022).

Dennoch konnte die IG Metall in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie mit rund einer Million Beschäftigten eine hohe Beteiligung an der Tarfbewegung erzielen. Im ersten Pandemiejahr 2020 wurde noch ein Kompromiss zwischen Kapital- und -Beschäftigtenseite ohne Streikaktivitäten und Entgelterhöhung beschlossen, der in engem Zusammenhang mit dem Shutdown und dem dramatischen wirtschaftlichen Einbruch zu Beginn der Pandemie stand. Das Thema der Transformation in der Metall- und Elektroindustrie stand in der Tarifrunde im Jahr 2021 erneut im Mittelpunkt. Bereits der Slogan „Beschäftigung sichern, Zukunft gestalten, Einkommen stärken“ deutete auf das Ziel von Beschäftigungs- und Standortsicherung hin: Mit neuen Modellen der Arbeitszeitabsenkung mit Teilentgelttausch (4-Tage-Woche/35-Stunden-Woche) soll dem Strukturwandel (digitale Transformation und Energiewende) begegnet werden. Weiterhin forderte die IG Metall den Abschluss von betrieblichen Zukunftstarifverträgen, wodurch Investitionen für die jeweiligen Standorte geregelt werden sollen. Auch eine Lohnerhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütung von vier Prozent wurde gefordert. Zudem wurde auch gefordert, dass Auszubildende und dual Studierende unbefristet übernommen werden. Die Angleichung der Arbeitsbedingungen in den Tarifgebieten Ost zu West war ein weiteres Thema der Tarifrunde, vor allem im Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen.

Die Tarifrunde zeichnete sich durch eine rege Beteiligung und digitale Streikformen aus. Einerseits wurden mittlerweile übliche Streikformen dokumentiert, wie der 24-Stunden-Warnstreik, Früh-Schluss-Aktionen, Autokonvois mit Hupkonzerten, Sitzstreiks, Fahrradkorsos sowie aktive Mittagspausen mit Brückenbesetzungen vor den Werktoeren. Durch die weiterhin laufende Covid-19-Pandemie musste die IG Metall andererseits jedoch Alternativen zu üblichen Streikformen suchen. So wurden Beschäftigte oftmals zu stillen Streiks aufgefordert, d.h. die Arbeit durch das Ausschalten des Computerbildschirms zu unterbrechen oder an „Home-Office-Streiks“ und Online-Kundgebungen teilzunehmen. Kundgebungen wurden vermehrt auf größeren Plätzen organisiert, wodurch die Arbeiter*innen im Autokino-Format die Abstandsregelungen einhalten konnten und dennoch durch Präsenz ihre Forderungen mit Nachdruck verstärken konnten. Solche Kundgebungen wurden

meist durch eine Live-Übertragung ergänzt, wodurch auch Streikende an den Bildschirmen die Aktivitäten verfolgten. Diese Art von pandemiebedingten Streikformen wurde als „Online-Warnstreik“ oder als „virtuelle Kundgebung“ bezeichnet.

Der erzielte Tarifvertrag war, so die Arbeitgeberseite, ein „tragbare[r] Gesamtkompromiss“ (Gesamtmetall 2021), der bis September 2022 gültig ist. Ein Erfolg war das beschlossene Transformationsgeld (auch T-Geld oder Transformationsbaustein genannt), das im Februar 2022 wirksam wurde. Das Transformationsgeld ist, wie das Urlaubsgeld oder der tarifliche Zusatz, eine weitere jährliche Sonderzahlung. Das Zusatzgeld ergibt sich aus 18,4% (ab 2023 dauerhaft 27,6%) des regelmäßigen individuellen Monatsentgelts und soll die Entgeltfolgen bei Arbeitszeitverminderung reduzieren. Rein rechnerisch kommt das T-Geld einer Erhöhung des Entgeltvolumens um 2,3% (IG Metall 12.04.2021) gleich. Hinzu kam eine einmalige Corona-Bonuszahlung von 500 Euro (Auszubildende 300 Euro). Ein Erfolg bestand in einer Angleichung der Arbeitsbedingungen in den Tarifgebieten Ost zu West in ausgewählten Betrieben im Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen. Formulierungen wie die „Deutsche Einheit nach 31 Jahren auch im Tarifvertrag“ (IG Metall Schaeffler 29.06.2021) oder „[d]ie Mauer bröckelt endlich“ (IG Metall 12.05.2021) deuten auf mühevoll erstrittene tarifliche Lösungen hin. Denn die Tarifrunde 2021 legt nun den Grundstein für eine 35-Stunden-Woche, die ab 2022 stufenweise in ersten ostdeutschen Betrieben etabliert wird. Nach einer Senkung der Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden soll diese bis 2027 auf 35 Stunden reduziert werden. Die Übernahmeforderung für Auszubildende und dual Studierende konnte nicht durchgesetzt werden, es wurde eine nicht bindende „gemeinsame Erklärung zur Bedeutung des Fachkräftenachwuchses“ (Gesamtmetall 2022) verabschiedet. Der Arbeitgeberseite wurde mit der „automatischen Differenzierung“ (WSI 01.03.2021) ein Mittel zur Unternehmensabsicherung in der Krise zugestanden. Die 2019 beschlossene Sonderzahlung T-ZUG kann – wenn das Unternehmen eine Nettoumsatzrendite von weniger als 2,3% erzielt hat – ausgesetzt werden. Insgesamt kann das Ergebnis der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie als äußerst komplex, aber unter den gegebenen Umständen als solide bezeichnet werden. Mit dem T-Geld, der Angleichung-Ost und der Bonuszahlung wurden einige sichtbare Erfolge errungen.

Die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst der Länder kamen 2021 hingegen zu einem eher durchwachsenen Ergebnis: Neben einem steuerfreien Corona-Bonus von 1300 Euro wurden 2,8% mehr Gehalt ab Dezember 2022 bei einer zweijährigen Laufzeit bis Ende September 2023 ausgehandelt; was rund der Hälfte der geforderten Fünf Prozent-Lohnerhöhung (mindestens 150 Euro) entspricht. Erst nach zwei erfolglosen Verhandlungsrunden erfolgte Ende November eine Einigung für die 1,1 Millionen Beschäftigten. ver.di wollte – ungeachtet einer relativ guten Partizipation bei den Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen über 48 Stunden in ausgewählten Gesundheitseinrichtungen, Schulen und Kitas – jedoch nicht das Risiko eines Erzwingungsstreiks eingehen (Reiner 2022).

Die Tarifergebnisse waren allerdings aus zwei Gründen ernüchternd: Zum einen hatten einige Berufsgruppen wie die Mitarbeiter*innen im Gesundheitswesen oder

die Lehrkräfte unter erschwerten Umständen in der Pandemie gearbeitet. Die Erhöhung verschiedener Zulagen (z.B. der „Pflegezulage“ von 125 auf 140 Euro) konnten diesen Mehraufwand nicht kompensieren. Zum anderen stehen die lange Laufzeit des Tarifvertrags und die späte Erhöhung der Gehälter in starkem Kontrast zu den steigenden Inflationsraten, die sich bereits zum Abschluss des Vertrags bei rund drei Prozent bewegten, was einem Reallohnverlust gleichkam (Reiner 2022: 48). Mittlerweile liegt die Inflationsrate in Deutschland nun bei 7,6% (Stand Juni 2022), was in der nächsten Tarifrunde zu Konfliktstoff führen könnte.

Nicht-normierte Konflikte in der Pandemie: Gorillas-Streik und WISAG-Konflikt

Neben den Tarifrunden unter den schwierigen Bedingungen der Corona-Pandemie kam es in vereinzelt Fällen auch zu heftig ausgefochtenen „wildem“ Streiks in Sektoren, die durch die Pandemie besonders stark betroffen waren. Große mediale Aufmerksamkeit erreichte der über Monate hinweg laufende „wilde Streik“ der Mitarbeiter*innen bei Gorillas in Berlin, einem Essenslieferdienst und damit einer Wachstumsbranche in der Zeit der Pandemie. Das Konzept von Gorillas ist es, in urbanen Regionen durch ein ausgeprägtes Netz von Lagerstandorten Lebensmittel binnen zehn Minuten nach der Bestellung via Fahrrad bei den Kunden abzuliefern. Auslöser des Streiks war die fristlose Kündigung eines Riders bzw. Fahrradkuriers, der zu spät zu Schichtbeginn erschienen war. Ein Gorillas-Sprecher sprach von einem „groben Fehlverhalten“ des Angestellten (wmn 11.06.2021). Anfang Juni 2021 begannen die wilden Streiks in Berlin. Die Streiks waren selbstorganisiert durch die Betriebsgruppe Gorillas Workers Collective und erfolgten ohne gewerkschaftlichen Streikaufruf. Die Stimmung war bereits vor den Auseinandersetzungen Mitte des Jahres angespannt. Bereits im Februar 2021 streikten Mitarbeiter in Berlin aufgrund fehlender Winterjacken und verschlissener Fahrräder.

Die fragwürdigen Arbeitsbedingungen stehen im Kontrast zur Unternehmensdarstellung: Auf der Gorillas-Homepage wird mit Lifestylesprüchen das Rider-Leben verherrlicht, bspw.: „Schneller als Du“ oder: Du und die Gorillas-Rider-Crew haben eins gemeinsam: „Ihre Liebe für’s Fahrradfahren“. Die Arbeit wird somit weniger als Lohnarbeit dargestellt und vielmehr als Bedürfnis und Lusterlebnis der Mitarbeiter*innen. Die Unternehmensführung verdeutlicht dieses Gemeinschaftsgefühls mit Hashtags wie #riderpride. Der angepriesene Lifestyle der Rider wird auch als „Rider-Life“ (Ewen et al. 2022: 12) verherrlicht. Er ist charakterisiert durch eine Ausblendung oder gar Idealisierung der oftmals gefährlichen Auslieferungen durch das Fahrrad in Großstädten unter Zeitdruck.² Vielmehr wird das Rider-Life als „authentisch (und) erlebnisorientiert“ (ebd.) dargestellt.

Die Forderungen zu Beginn des Konflikts drehten sich um die Wiedereinstellung des gekündigten Kollegen. Weiterhin wurden grundlegende Arbeitsrechte

² Allein im Jahr 2021 wurden 252 Arbeitsunfälle, 454 Betriebsweegeunfälle und 82 Unfälle auf dem Weg zur Arbeit von Berliner Lieferdiensten gemeldet (vgl. rbb24: 05.03.2022).

gefordert sowie Sicherheit und Transparenz für die Rider. Durch Proteste und Blockaden mit E-Bikes vor Gorillas-Lagerhäusern wurden Zulieferungen von nicht streikenden Kolleg*innen verhindert. Die Wiedereinstellung des gekündigten Kollegen wurde zwar nicht erreicht, aber im Anschluss kam es zu einer Ausweitung der Arbeitskämpfe. Gefordert wurde nun von einigen Dutzend Streikenden die Zahlung von ausstehenden Gehältern, die gleiche Bezahlung der Kuriere, kürzere Probezeiten sowie Klimaanlage in den Lagerhäusern. Ferner wurden grundsätzliche Arbeitsrechte eingefordert, bspw. die Ausgabe von Arbeitsmaterialien wie Regenkleidung, Helme sowie Handys mit Internetverträgen. Aber auch die bisherigen Arbeitszeit- und Krankenstandsregelungen wurden kritisiert. Durch Blockaden konnten nun Lagerhäuser stillgelegt werden, so dass Kund*innen keine Bestellungen mehr aufgeben konnten. Nach den wilden Streiks wurden viele Rider fristlos gekündigt.

Die Geschäftsführung von Gorillas wirkte der Organisation der Arbeiter*innen durch die Einführung eines Franchise-Modells entgegen, wonach jedes Lager als einzelne Unternehmenseinheit bestehen würde, um somit die Betriebsratswahl zu erschweren. Diese Methode des Union Bustings schlug aber fehl. Das Arbeitsgericht Berlin gab im November 2021 nach weiteren Streiks grünes Licht für Betriebsratswahlen. Ende November wurde dieser auch gewählt, und die Möglichkeit, als Angestellter im Betrieb mitzubestimmen rückte näher, natürlich nicht ohne Maßnahmen der Geschäftsführung, dies weiterhin zu unterbinden. Der Konflikt lief im Jahr 2022 weiter: Die Firma Gorillas versuchte nun mit einer Standortschließung in Berlin verschiedene Betriebsratsmitglieder zu kündigen (businessinsider 10.03.2022). Der Konflikt reiht sich in eine Fülle von anderen Konflikten bei Essenslieferdiensten ein (Basualdo et al. 2021) wie etwa bei Deliveroo (siehe Streikmonitor in Z 112 [Dezember 2017], S. 73-87).

Ein weiterer Fall eines nicht-normierten Konflikts war der WISAG-Konflikt am Frankfurter Flughafen. Im Dezember 2020 wurden in Frankfurt am Main 230 Beschäftigte des WISAG-Konzerns gekündigt, woraus sich ein Hungerstreik einiger Mitarbeiter*innen entwickelte. Die WISAG-Gruppe ist ein Dienstleistungskonzern in Frankfurt/Main. Dieser fokussiert auf Flughafendienstleistungen, wie Tätigkeiten im Boden- und Passagierbereich. Die Begründung der WISAG für die Kündigung waren die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Flugverkehr. Die Flug- und Passagierzahlen seien eingebrochen und damit der Bedarf an Bodendienstleistungen gesunken. Die gekündigten Mitarbeiter*innen klagten und protestierten gegen die Kündigungen, die ihren Höhepunkt in einem achttägigen Hungerstreik fanden, der schließlich aus gesundheitlichen Gründen der Streikenden abgebrochen werden musste.³ Die Streikenden gingen davon aus, dass die Corona-Krise nur als Vorwand für die Kündigung diene, um exis-

³ Der breite Streikbegriff des Streikmonitors – der nicht nur klassische Streiks, sondern auch Protestaktionen von Arbeiterinnen und Arbeitern beinhaltet, solange Forderungen während der Arbeitszeit geäußert werden bzw. hierfür die Arbeit niedergelegt wird –, ermöglicht die Betrachtung der Proteste in Frankfurt, bei denen Arbeiter*innen und gekündigte Arbeiter*innen gegen das Vorgehen der Arbeitgeber ankämpften.

tierende Arbeitsverträge durch niedriger entlohnte Leiharbeiter*innen mit geringeren Sozialleistungsabgaben zu ersetzen.

Grund für die Proteste und den achttägigen Hungerstreik sind auch die (fehlenden) Reaktionen auf der Seite der Unternehmensführung und der Gewerkschaften. Die Protestierenden forderten das Unternehmen zu Gesprächen auf, um über die Kündigungen und deren Rücknahme zu sprechen. Auch das Sozialplanangebot der Arbeitgeber von 3.500 bis 4.000 Euro nach oftmals jahrzehntelanger Tätigkeit am Flughafen steigerte die Unzufriedenheit der gekündigten Mitarbeiter*innen. Die extreme Streikform des Hungerstreiks begründet sich aus der Hoffnungslosigkeit der gekündigten Mitarbeiter*innen und der schwachen Präsenz bzw. mangelnden Unterstützung von ver.di bei deren Kundgebungen und Demonstrationen. Bei einigen Protesten war die Gewerkschaft Luftverkehr e.V. anwesend und unterstützte die Streikenden, sprach sich aber nie für oder gegen den Hungerstreik aus. ver.di kritisierte zwar das Vorgehen von WISAG, Kündigungen anstatt Kurzarbeit oder sozialverträglicher Lösungen zu nutzen, aber sah aufgrund der wirtschaftlichen Lage keinen Handlungsspielraum. Die WISAG-Mitarbeiter*innen machten ihrem Ärger über diese Haltung mit einem Protest vor der ver.di-Zentrale in Frankfurt am Main Luft, bei dem ein Totenkranz abgelegt wurde (Wsws, 26.03.2021).

Nachdem Arbeitsschutzklagen gegen das Unternehmen eingegangen waren, drohte das Management mit Schließung. Dennoch hörten die Proteste nicht auf. Anfang März wurde auf einer Kundgebung die Kündigung von 30 weiteren Mitarbeiter*innen bekanntgegeben. Doch der außergewöhnliche Arbeitskampf mit vielen und besonderen Formen des Protests konnte selbst durch den tagelangen Hungerstreik nicht gewonnen werden. Die Klagen gegen die fristlosen Kündigungen wurden vom Arbeitsgericht abgelehnt, es blieb bei den Entlassungen.

Schlussfolgerung: Perspektive 2022 und 2023

Das Streikjahr 2021 bedeutet eine Rückkehr zur Normalität im Arbeitskampfgeschehen, auch wenn die schwierigen Bedingungen bei den Tarifbewegungen und verschiedene hart ausgefochtene, teils nicht-normierte Einzelkonflikte weiterhin von den Auswirkungen der Pandemie zeugen.

Es ist absehbar, dass die Situation sich in den Folgejahren verändern wird. Während im Jahr 2020 die Kontaktbeschränkungen zu einem Streiktief führten, könnten die Folgen der russischen Invasion in der Ukraine in den Jahren 2022 und 2023 paradoxerweise zu einem Streikhoch beitragen: Die steigende Inflation, die sich insbesondere bei Gütern wie Nahrungsmitteln und Energie zeigt, wird großen Druck auf die Gewerkschaften ausüben, mit hohen Lohnforderungen in die Tarifverhandlungen zu gehen. Dies wird zu Konflikten mit der Arbeitgeberseite führen. Hinzu könnten sinkende Reallöhne in der zweiten, deregulierten Welt der Arbeitsbeziehungen (Dörre et al. 2016) mit großer Wahrscheinlichkeit auch zu einer Fülle von betrieblichen Tarifkonflikten beitragen.

Das Arbeitskampfgeschehen 2022 und 2023 wird dabei maßgeblich von dem Regierungshandeln abhängen, d.h. inwieweit der Staat bereit und fähig sein

wird, steigende Lebenshaltungskosten durch weitere Entlastungsmaßnahmen abzufedern. Ob ein erneuter „Krisenkorporatismus“ (Urban 2012) wie in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 zustande kommt und eine konfliktdämpfende Wirkung entfalten kann, ist fraglich.

Literatur

- Abendblatt (21.01.2021): Obdachlosen-Hilfe: Streit um Führungswechsel bei der Alimaus. Online: <https://www.abendblatt.de/hamburg/article231378045/Obdachlosen-Hilfe-Streit-um-Fuehrungswechsel-bei-der-Alimaus.html> (letzter Zugriff: 22. 07. 2022).
- Basualdo, Victoria/ Dias, Hugo/ Herberg, Mirko/ Schmalz, Stefan/ Serrano, Melisa/ Vandaee, Kurt (2021): Building Workers' Power in Digital Capitalism. Old and New Labor Struggles. Online: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/18325.pdf> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- BR 24 (20.10.2021): Unzufrieden mit Lohnabrechnung: Streik am Schlachthof Landshut. Online: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/unzufrieden-mit-lohnabrechnung-streik-am-schlachthof-landshut,SmNGAOY> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- Businessinsider (10.03.2022): Gorillas schließt einen Berliner Standort – auch drei Betriebsratsmitglieder von Kündigung betroffen. Online: <https://www.businessinsider.de/gruenderszene/food/gorillas-schliesst-berliner-standort-betriebsratsmitgliedern-droht-kuendigung-b/> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- DGB (14.02.2022): Mitgliederzahlen 2021. Online: <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen/2020-2029> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- Dörre, Klaus/ Goes, Thomas/ Schmalz, Stefan/ Thiel, Marcel (2016). Streikrepublik Deutschland? Erneuerung der Gewerkschaften im Ost und West. Frankfurt/M./New York: Campus.
- Dörre, Klaus (2020): Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft. Berlin Journal für Soziologie 30, 165–190.
- Ewen, Janis/ Heiland, Heiner/Seeliger, Martin (2022): Dynamiken autonomer Arbeitskonflikte im digitalen Kapitalismus. Der Fall „Gorillas“, Schriftenreihe Institut Arbeit und Wirtschaft Nr. 33, Bremen.
- FAZ (06.01.2021): Callcenter-Mitarbeiter streiken für mehr Geld. Online: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/callcenter-mitarbeiter-der-deutschen-bank-streiken-17133266.html> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- Frindert, Jimmy/ Dribbusch, Heiner/ Schulten, Thorsten (2020): WSI Arbeitskampfbilanz 2019, WSI Report, Nr. 57, April 2020.
- Frindert, Jimmy/ Dribbusch, Heiner/ Schulten, Thorsten (2021): WSI Arbeitskampfbilanz 2021, WSI Report, Nr. 66, April 2021.
- Frindert, Jimmy/ Dribbusch, Heiner/ Schulten, Thorsten (2022): WSI Arbeitskampfbilanz 2021, WSI Report, Nr. 74, April 2022.
- Fudder (08.03.2021): Internationaler Frauentag. Wieso die Frauen der Kita im Glacisweg ihre Arbeit niedergelegt haben. Online: <https://fudder.de/wieso-die-frauen-der-kita-im-glacisweg-ihre-arbeit-niedergelegt-haben--200505479.html>. (letzter Zugriff 21.07.2022).
- Gesamtmittel (2021): Ergebnisse der Tarifrunde 2021. Online: <https://www.gesamtmittel.de/tarifpolitik/tarifrunden/me-tarifabschluss-2021>

(letzter Zugriff 21.07.2022).

- Gesamtmittel (2022): Tarifrunde 2022. Online: <https://www.gesamtmittel.de/tarifpolitik/tarifrunden/tarifrunde-2022> (letzter Zugriff 21.07.2022).
- GDL (16.09.2021): Deutsche Bahn. Die Rente ist sicher – Tarifkonflikt beendet. Online: <https://www.gdl.de/Aktuell-2021/Pressemitteilung-1631780966> (letzter Zugriff: 22. 07. 2022).
- Greef, Samuel (2022): DGB-Gewerkschaften in Zahlen 2022, in: Bits & Pieces - Online, 4 (1). Online: <https://www.samuel-greef.de/gewerkschaften> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- In Franken (17.09.2021): Kurorchester: Droht gekündigter Flötistin die Abschiebung? Online: <https://www.infranken.de/lk/bad-kissingen/kurorchester-droht-gekuendigter-flotistin-die-abschiebung-art-5293515> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- IG Metall (12.04.2021): Erklärt: Das bringt Dir der Metall-Tarifabschluss. Online: <https://www.igmetall.de/tarif/tarifrunden/metall-und-elektro/metall-tarifabschluss-2021-erklart> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- IG Metall (12.05.2021): Durchbruch bei der Angleichung Ost. Online: <https://www.igmetall.de/tarif/tarifrunden/metall-und-elektro/durchbruch-bei-der-angleichung-ost> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- IG Metall Schaeffler (29.06.2021): Angleichung Ost im Tarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie kommt! Online: https://www.igmetall-schaeffler.de/index.php?id=81&tx_ttnews%5Btt_news%5D=17569&cHash=d9ebc88c7b114b4da0cabec06809092e (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- Jungle World (25.03.2021): Dankbar in den Arbeitskampf. Online: <https://jungle.world/artikel/2021/12/dankbar-den-arbeitskampf> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- Müller, Dirk / Kilroy, Juri (2018): Streikmonitor: Arbeitskonflikte im ersten Halbjahr 2018. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 116 (Dezember 2018), S. 137-151.
- Müller, Dirk/ Kilroy, Juri (2021a): Streikmonitor: Arbeitskonflikte im Jahr 2020. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 126 (Juli 2021), S. 173-186.
- Müller, Dirk/ Kilroy, Juri (2021b): Streikmonitor: Die ersten fünf Jahre. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 128 (Dezember 2021), S. 107-122.
- Rbb24 (05.03.2022): Plattformarbeit in Berlin. Was gegen die Ausbeutung von Lieferfahrern getan werden kann. Online: <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2022/03/berlin-plattformarbeit-lieferfahrer-arbeitsbedingung-ausbeutung.html> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- Reiner, Sabine (2022): Tarifpolitik in Zeiten von Corona. In: Sozialismus 1-2022, 46-48.
- Schmalz, Stefan/Liebig, Steffen/Thiel, Marcel (2015): Zur Zersplitterung des sozialen Konflikts in Westeuropa: Eine Typologie nicht-normierter Kämpfe um Arbeit. In: Arbeits- und Industriesoziologische Studien 8(2), S. 49-66.
- Schneidemesser, Lea/ Kilroy, Juri (2016): Streikmonitor: Die Arbeitskonflikte im ersten Halbjahr 2016. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 108 (Dezember 2016), S. 145-158.
- Schneidemesser, Lea/Müller, Dirk/Kilroy, Juri (2017): Streikmonitor: Arbeitskonflikte im 1. Halbjahr 2017. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 112 (Dezember 2017), S. 73-87.

- Spiegel (25.08.2021): Zahl der streikenden Bahn-Bediensteten steigt deutlich. Online: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/deutsche-bahn-zahl-der-streikenden-steigt-deutlich-a-88c2171b-c738-45d4-bf98-db76ec934523> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- Sopo aktuell (11.08.2021): Corona-Pandemie und die Folgen für Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Online: https://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/++file++5f3252bb7d2c47b25ab5080a/download/NEU_sopoaktuell%20Nr%20298%20-%20Corona%20und%20die%20Folgen%20f%C3%BCr%20den%20ArbMarkt.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- Tagesschau (07.09.2021): Nach dem GDL-Streik. Einer Lösung keinen Schritt näher. Online: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/bahn-gdl-streikbilanz-101.html> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- Urban, Hans-Jürgen (2012): Krisen-Korporatismus und gewerkschaftliche Revitalisierung in Europa, in: Lehndorff, Steffen (Hrsg.), Ein Triumph gescheiterter Ideen, VSA: Hamburg, S. 226-246.
- Wmn (11.06.2021): Gorillas Kündigung war vollkommen gerechtfertigt. Online: <https://www.wmn.de/buzz/gorillas-kuendigung-id198385> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- WR (14.10.2020): NRW-Metallindustrie: 43 Prozent planen 2021 Stellenabbau. Online: <https://www.wr.de/wirtschaft/wirtschaft-in-nrw/nrw-metallindustrie-43-prozent-planen-2021-stellenabbau-id230661770.html> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- WSI (01.03.2021): Tarifrunde 2021 in der Metall- und Elektroindustrie. Online: <https://www.wsi.de/de/blog-17857-tarifrunde-2021-in-der-metall-und-elektroindustrie-31048.htm> (letzter Zugriff: 22.07.2022).
- Wsws (26.03.2021): Protest der WISAG-Arbeiter vor Verdi-Zentrale zeigt Bankrott der Gewerkschaften. Online: <https://www.wsws.org/de/articles/2021/03/26/wisam26.html> (letzter Zugriff: 22.07.2022).